<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>19. 1. 01</td>
<td>Neufassung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof (StGHG) .................</td>
<td>78</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 14-4</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Bekanntmachung
der Neufassung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof (StGHG)

Aufgrund des Art. 4 des Gesetzes zur
Änderung des Gesetzes über den Staats-
gerichtshof und anderer Gesetze vom
22. Dezember 2000 (GVBl. I S. 585) wird
nachstehend der Wortlaut des Gesetzes
über den Staatsgerichtshof in der vom
30. Dezember 2000 an geltenden Fassung
bekannt gemacht.


Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Gesetz
über den Staatsgerichtshof (StGHG)

ERSTER TEIL

Die Verfassung des Staatsgerichtshofes
und der Landesanstalt

§ 1
(1) Der Staatsgerichtshof ist ein Verfas-
sungsorgan des Landes Hessen.
(2) Er hat seinen Sitz in Wiesbaden.

§ 2
(1) Die fünf Mitglieder, die Richterin-
en oder Richter sein müssen, werden
vom Landtag auf sieben Jahre gewählt.
Die Neuwahl und die Vereidigung sollen
rechtzeitig vor dem Ablauf der Amtszeit
vorgenommen werden. Kommen diese
nicht rechtzeitig zustande, so verlängert
sich die Amtszeit bis zur Neuwahl und
Vereidigung.
(2) Die sechs übrigen Mitglieder sollen
spätestens am sechsten Tag, nachdem
der Landtag zum ersten Mal zusammen-
getreten ist (Art. 83 der Verfassung des
Landes Hessen), gewählt werden. Der
Tag dieser Wahl soll möglichst schon in
der zweiten Sitzung des Landtags von
dessen Präsidentin oder Präsidenten be-
stimmt werden.
(3) Diese Wahlen sind geheim.

§ 3
(1) Als Mitglied kann nur gewählt wer-
den, wer das fünfunddreißigste Lebens-
jahr vollendet hat, zum Landtag wählbar
ist und sich für den Fall seiner Wahl
schriftlich bereit erklärt hat, das Amt an-
zunehmen. Die Mitglieder nach § 2 Abs. 1
Satz 1 müssen Richterinnen oder Richter
auf Lebenszeit im Landesdienst sein. Auch
die Mitglieder nach § 2 Abs. 2 Satz 1 sollen im öffentlichen Leben erfah-
rene Personen des allgemeinen Vertrau-
ens und für das Amt eines Mitglieds des
Staatsgerichtshofes besonders geeignet
sein.
(2) Nicht wählbar sind die Mitglieder
des Landtags, des Deutschen Bundestags,
des Europäischen Parlaments, einer Lan-
desregierung, der Bundesregierung und
kommunale Wahlbeamtinnen und Wahl-
beamte sowie Personen, die nach § 57 des
Hessischen Beamten- und Stellvertr.-
gesetzes in der jeweils geltenden Fassung
derzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können.

§ 4
(1) Für jedes ständige Mitglied nach
§ 2 Abs. 1 Satz 1 werden ein erstes und
ein zweites stellvertretendes Mitglied ge-
wählt. Diese vertreten das Mitglied, wenn
es zeitweilig verhindert ist, sein Amt aus-
zuführen; sie treten für den Rest der Amts-
zeit an die Stelle des Mitglieds, wenn es
vor Ablauf der Amtszeit ausscheidet. Das
zweite stellvertretende Mitglied ist für
den Fall berufen, dass das erste verhin-
dert ist; es wird erstes stellvertretendes
Mitglied, wenn dieses an die Stelle des
Mitglieds getreten oder ausgeschieden
ist.
(2) Sind in einem Verfahren von be-
sonderer Dringlichkeit oder dauerhaft
außer einem Mitglied auch dessen sämtli-
che Stellvertreterinnen oder Stellvertreter
verhindert, so wird eine Stellvertreterin
oder ein Stellvertreter durch Losverfahren
aus der Gesamtheit der ersten, hinsichtli-
cher weiten stellvertretenden Mitglieder
der ständigen Mitglieder nach § 2 Abs. 1
Satz 1 bestimmt.
(3) Für die ständigen Mitglieder nach
§ 2 Abs. 2 Satz 1 sind die stellvertreten-
den Mitglieder der Reihenfolge nach aus
den nicht als ständige Mitglieder gewähl-
ten Personen derjenigen Vorschlagsliste zu
entnehmen, aus der das verhinderte
oder zu ersetzende Mitglied gewählt wur-
den war. Scheidet eine Person aus,
rücken die folgenden nach. Dies gilt
auch, wenn ein Mitglied nach § 2 Abs. 2
Satz 1 zu einem Mitglied nach § 2 Abs. 1
Satz 1 gewählt worden ist.

(4) Die für die ständigen Mitglieder
geltenden Vorschriften gelten auch für
die stellvertretenden Mitglieder.

§ 5

(1) Die Mitglieder nach § 2 Abs. 1
Satz 1 und die stellvertretenden Mitglie-
der nach § 4 Abs. 1 Satz 1 werden aus ei-
er von der Präsidentin oder dem Präsi-
denten des Landtags aufzustellenden
Vorschlagsliste gewählt. In die Liste wer-
den die Namen der Richterinnen oder
Richter aufgenommen, die nach § 3 wäh-
bar sind und von dem Landtag, einer
Fraktion des Landtags, der Landesregie-
 rung oder den Präsidentinnen oder Präsi-
denten der obersten Landesgerichte be-
nannt werden.

(2) Die Wahl wird durch einen vom
Landtag aus seiner Mitte gewählten
Wahlausser vollzogen. Dieser besteht
aus acht Abgeordneten.

(3) Der Wahlausser wird aus Listen
gewählt, die dem Landtag von seinen
Fraktionen vorgelegt werden.

(4) Die Zahl der Abgeordneten, die je-
der Liste zu entnehmen sind, wird ent-
prechend dem in § 10 Abs. 3 des Land-
tagswahlgesetzes in der Fassung von
18. Februar 1990 (GVBl. I S. 58), zuletzt
geändert durch Gesetz vom 23. Dezember
1999 (GVBl. 2000 I S. 2), beschriebenen
Verfahren ermittelt. Bei gleichen Zahlen-
bruchteilen entscheidet das von der Präsi-
dentin oder dem Präsidenten des Land-
tags zu ziehende Los.

(5) Die Mitglieder des Wahlausser-
chusses sind in der Reihenfolge gewählt, in
der ihre Namen in den Vorschlagslisten
verzeichnet sind.

(6) Scheidet ein Mitglied des Wahlaus-
schusses aus dem Landtag aus oder ist es
verhindert, dann tritt das auf der Liste,
aus der es gewählt ist, unmittelbar folgen-
de Mitglied des Landtags an seine Stelle.
Ist eine Liste erschöpft, so ist der gesamte
Wahlausser neu zu wählen; das Glei-
che gilt, wenn inzwischen ein neuer
Landtag gewählt worden ist.

(7) Jedes Mitglied nach § 2 Abs. 1
Satz 1 und jedes stellvertretende Mitglied
wird von dem Wahlausser in einem
besonderen Wahlgang gewählt. Zu jeder
Wahl bedarf es einer Mehrheit von zwei
Dritteln. Die Präsidentin oder der Präsi-
dent des Landtags leitet die Wahl.

§ 6

(1) Die Vorschläge zur Wahl der sechs
übren Mitglieder sind in Listen vorzule-
gen. In jeder Liste müssen die Namen
und Anschriften von mindestens zehn
wählbaren Personen verzeichnet sein.
Das Recht, Listen vorzulegen, steht jeder
Fraktion des Landtags zu. Die Listen sind
spätestens am drittelsten Tag vor dem
Wahltag bei der Präsidentin oder dem
Präsidenten des Landtags einzureichen
und den Abgeordneten spätestens am
einundzwanzigsten Tag vor der Wahl be-
kannt zu geben.

(2) Die Mitglieder, die aus jeder Liste
ternehmen sind, werden in entspre-
chender Anwendung des § 5 Abs. 4 ge-
wählt.

(3) Die Mitglieder sind in der Reihen-
folge gewählt, in der ihre Namen in den
Listen verzeichnet sind.

(4) Die übrigen in den Listen verzeich-
neten Personen sind stellvertretende Mit-
glieder in der Reihenfolge der Listen.

(5) Niemand kann gleichzeitig Mit-
glied und stellvertretendes Mitglied,
gleichzeitig Mitglied nach § 2 Abs. 1 und
nach § 2 Abs. 2 oder gleichzeitig stellver-
trendes Mitglied nach § 4 Abs. 1 und
nach § 4 Abs. 3 sein. Ist jemand sowohl aus
einer Vorschlagsliste nach § 5 als
auch aus einer Liste nach § 6 gewählt
wurde, so setzt die Wirksamkeit der
Wahl den Verzicht auf eines der beiden
Amter voraus. Der Verzicht kann nur in-
nerhalb eines Monats nach entsprechen-
der Aufforderung durch die Präsidentin
oder den Präsidenten des Landtags er-
klärt werden.

§ 7

(1) Für jedes ständige Mitglied, das
ausscheidet und nicht nach der Vorschrift
des § 4 ersetzt wird, ist für den Rest seiner
Amtszeit eine Nachwahl vorzunehmen.

(2) Ist ein Mitglied nach § 2 Abs. 1
Satz 1 ausgeschieden und wird es durch
das erste stellvertretende Mitglied ersetzt,
ist ein zweites stellvertretendes Mitglied
nachzuwählen. Entsprechendes gilt,
wenn eines der stellvertretenden Mitglie-
der ausgeschieden ist.

(3) Die Nachwahl der Mitglieder nach
§ 2 Abs. 1 Satz 1 und der stellvertreten-
den Mitglieder nach § 4 Abs. 1 Satz 1
wird aus der nach § 5 Abs. 1 aufgestellten
Liste, die noch ergänzt werden kann,
nach den Vorschriften des § 5 Abs. 2 und
7 vollzogen.

(4) Ist eine Liste, aus der Mitglieder
nach § 2 Abs. 2 Satz 1 gewählt worden
sind, erschöpft, erfolgt eine Nachwahl. Ei-
e Liste gilt als erschöpft, wenn wegen
Ersatzung von Mitgliedern nach § 4
Abs. 3 oder wegen Ausscheidens weniger
als zwei Personen als stellvertretende
Mitglieder verbleiben. Die Fraktion, de-
ren Liste erschöpft ist, legt einen Wäh-
vorschlag vor, der die Nomen und An-
schriften von mindestens sechs wählbaren
Personen enthalten soll. Gewählt ist, wer
die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmen-
gleichheit entscheidet das von der Präsi-
dentin oder dem Präsidenten des Land-
tags zu ziehende Los.
§ 8


(2) Scheidet die Präsidentin oder der Präsident aus dem Amt aus, so soll die Neuwahl vom Landtag binnen dreißig Tagen vorgenommen werden. Wiederwahl ist zulässig. Ist das Präsidentenamt nicht besetzt oder ist die Präsidentin oder der Präsident an seiner Wahrnehmung behindert, wird es von der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten ausgeübt. An deren oder dessen Stelle tritt für den Fall der Verhinderung das zum Richteramt befähigte Mitglied, das dem Staatsgerichtshof auch unter Berücksichtigung früherer Amtszeiten als ständiges Mitglied am längsten angehört, bei gleicher Dauer der Mitgliedschaft das Mitglied mit höherem Lebensalter.

(3) Für die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten gelten Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 entsprechend. Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident nimmt die Vertretung der Präsidentin oder des Präsidenten in allen Präsidentengeschäften wahr. Bei ihrer oder seiner Verhinderung gilt Abs. 2 Satz 4.

(4) Als Mitglied des Staatsgerichtshofes wird die Präsidentin oder der Präsident nach der Vorschrift des § 4 vertreten und im Fall des Ausscheidens ersetzt.

§ 9


(3) Ist ein Mitglied des Staatsgerichtshofes wiedergewählt worden, so wird die Vereidigung durch den Hinweis ersetzt, dass der früher geleistete Eid auch für die neue Amtszeit bindet. Das Gleiches gilt, wenn ein stellvertretendes Mitglied, das nach Abs. 2 Satz 2 vereidigt worden ist, zum ständigen Mitglied gewählt wird.

§ 10


(2) Für den Zeitpunkt der Wahl gilt § 2 Abs. 2 entsprechend. Die Amtszeit verlängert sich bis zur Neuwahl.

(3) Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt soll die Nachwahl vom Landtag binnen dreißig Tagen vorgenommen werden.

(4) Die Wiederwahl ist zulässig.

(5) Die Wahl wird von dem Wahlausschuss nach § 5 Abs. 2 vollzogen.

(6) Für die Vereidigung gelten § 9 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 entsprechend. Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre, dass ich mein Amt gerecht verwandle und die Verfassung getreulich wahren will.“

(7) Die Landesanwaltschaft ist an keine Weisungen gebunden, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes und der Landesanwaltschaft können ihr Amt jederzeit durch eine gegenübers der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtags schriftlich abzugebende Erklärung niederlegen.

(2) Sind bei einem Mitglied des Staatsgerichtshofes die Voraussetzungen der Wählbarkeit nicht mehr gegeben, scheidet es aus seinem Amt aus. Gleiches gilt für die Landesanwaltschaft.

(3) In Zweifelsfällen entscheidet der Staatsgerichtshof durch Beschluss, wer Mitglied ist oder ob ein Mitglied durch Verzicht oder kraft Gesetzes aus seinem Amt ausgeschieden ist. Gleiches gilt für die Landesanwaltschaft. § 18 Abs. 3 gilt entsprechend.

(4) Ob die in § 3 Abs. 1 Satz 3 aufgestellten Voraussetzungen erfüllt sind, entscheidet der Landtag durch seine Wahl endgültig.

§ 12

(1) Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes und der Landesanwaltschaft kön-
nen auf Antrag des Landtags ihres Amtes durch Urteil des Staatsgerichtshofes ent-
hoben werden, wenn sie zur Erfüllung ih-
er dienstlichen Aufgaben dauernd un-
fähig geworden sind oder schuldhaft ihre Amtspflichten so schwer verletzt haben, dass ihr weiteres Verbleiben im Amt mit dem Ansehen des Staatsgerichtshofes nicht mehr vereinbar ist.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident des Staatsgerichtshofes stellt dem betro-
ffenen Mitglied eine beglaubigte Abschrift des Antrages zu.

(3) Darüber, ob das betroffene Mitglied seines Amtes vorläufig zu entbehren ist, entscheidet der Staatsgerichtshof, Anstel-
le des betroffenen Mitglieds wirkt das stellvertretende Mitglied mit.

(4) Der Staatsgerichtshof erkennt für Recht, dass der Antrag als unbegründet zu verwerfen oder dass das betroffene Mitglied des Amtes enthoben ist; gehört das betroffene Mitglied dem Staatsger-
ichtshof nicht mehr an, stellt dieser fest, dass es seine Amtspflichten schuldhaft so schwer verletzt hat, dass sein weiteres Verbleiben im Amt mit dem Ansehen des Staatsgerichtshofes nicht mehr vereinbar gewesen wäre.

(5) Im Übrigen sind die Vorschriften der §§ 16 bis 18, § 20 Abs. 1 und 2, §§ 22
und 23, § 28 Abs. 1, 5, 7 und 6, §§ 29, 31
bis 33 und 35 entsprechend anzuwenden; § 32 Abs. 1 findet im Falle der Dienst-
unfähigkeit keine Anwendung. Richtet
sich das Verfahren gegen ein Mitglied der Landesanwaltschaft, beschließt der Land-
tag zugleich, wer seinen Antrag vor dem Staatsgerichtshof vertritt.

§ 13

[1] Beim Staatsgerichtshof und bei der
Landesanwaltschaft bestehen Geschäfts-
stellen.

[2] Die erforderlichen Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter stellt das Ministerium der
Justiz zur Verfügung.

(3) Die Dienstschaft über die Mitar-
beiterinnen und Mitarbeiter führt das Mi-
nerium der Justiz unter Wahrung der
Belange des Staatsgerichtshofes und im
Benehmen mit dessen Präsidentin oder
Präsidenten. Die alleinige Beaufsicht des
Präsidentin oder des Präsidenten des
Staatsgerichtshofes, den zur Verfügung
gestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
tern im Rahmen ihrer Tätigkeit für den
Staatsgerichtshof Weisungen zu erteilen,
bleibt unberührt.

(4) Abs. 3 gilt für die Landesanwalt-
schaft entsprechend.

§ 14

(1) Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes und der Landesanwaltschaft erhalten eine zu versteuernde Vergütung nach Maßgabe der Grundentschädigung der Abgeordneten des Hessischen Landtags

(2) Sie beträgt für

1. die Präsidentin oder
   den Präsidenten des
   Staatsgerichtshofes 50 vom Hundert
2. die Vizepräsidentin
   oder den Vizepräsiden-
ten 40 vom Hundert
3. die übrigen ständigen
   Mitglieder des Staats-
gerichtshofes 33 vom Hundert
4. die Landesanwältin
   oder den Landes-
anwalt 40 vom Hundert
der Grundentschädigung je Monat,
5. die stellvertretenden
   Mitglieder des Staats-
gerichtshofes und der
   Landesanwaltschaft 10 vom Hundert
für jeden Sitzungstag, an dem sie tätig
sind, im Monat jedoch höchstens die Be-
träge nach Nr. 3 und 4. Übernehmen sie
die Vorbereitung einer Stellungnahme
oder Entscheidung, so erhalten sie die Be-
träge nach Nr. 3 und 4.

(3) Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes und der Landesanwaltschaft erhalten für Reisen in Wahrnehmung ihrer
diennstlichen Aufgaben Reisekostenvergüt-
zung nach dem Hessischen Reisekosten-
gesetz in der jeweils geltenden Fassung.

ZWEITER TEIL
Verfahrensordnung
Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften

§ 15
Der Staatsgerichtshof entscheidet in folgenden Fällen:
1. Über Anklagen gegen ein Mitglied der Landesregierung (§§ 31 bis 35),
2. über die Anerkennung von Rechten
   aus der Verfassung des Landes Hessen
   (§§ 36 bis 38),
3. über die Vereinbarkeit von hessischen
   Gesetzen und Rechtsverordnungen mit
   der Verfassung des Landes Hessen
   (§§ 39 bis 41),
4. über Verfassungsstreitigkeiten (§ 42),
5. über Grundrechtsklagen (§§ 43 bis 47),
6. in Verfahren bei Volksabstimmungen,
   Volksbegehren und Volksentscheid
   (§§ 48 bis 51),
7. in den sonstigen ihm durch die Verfas-
   sung oder Gesetz zugewiesenen Fäl-

§ 16
(1) Auf das Verfahren vor dem Staats-
gerichtshof sind die Vorschriften des Ge-
richtsverfassungsgesetzes über die Öl-
fentlichkeit, die Sitzungspolizei, die Gerichtssprache, die Beratung und Abstimmung entsprechend anzuwenden. Im Übrigen sind die Verfahrensvorschriften des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht sinngemäß anzuwenden, so weit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Den Vorsitz führt die Präsidentin oder der Präsident, im Falle der Verhinderung die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident. Im Übrigen gilt § 8 Abs. 2 Satz 4.

(3) Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes haben über den Hergang bei der Beratung und Abstimmung auch nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt zu schweigen.

§ 17

(1) Ein Mitglied des Staatsgerichtshofes ist von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen, wenn es
1. an der Sache beteiligt ist oder war,
2. mit einer beteiligten Person verheiratet, in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist oder war oder
3. in derselben Sache bereits von Amts oder Berufswegen tätig geworden ist.

(2) Ein Interesse, das einem durch allgemeine Merkmale wie Familienstands, Beruf, Abstammung oder Zugehörigkeit zu einer politischen Partei gekennzeichneten Teil der Bevölkerung gemeinsam ist, gilt nicht als Beteiligung im Sinne des Abs. 1 Nr. 1.

(3) Als Tätigkeit im Sinne des Abs. 1 Nr. 3 gilt nicht
1. die Mitwirkung im Gesetzgebungsverfahren,
2. die Äußerung einer wissenschaftlichen Meinung zu einer Rechtsfrage, die für das Verfahren bedeutsam sein kann.

§ 18

(1) Ein Mitglied des Staatsgerichtshofes kann von den am Verfahren Beteiligten wegen Bosorgnis der Befangenheit abgelehnt werden.

1. die Umstände, auf welche die Ablehnung gestützt wird, erst später eingetreten oder der zur Ablehnung berechtigten Person erst später bekannt worden sind und
2. die Ablehnung unverzüglich geltend gemacht wird.

Ist die mündliche Verhandlung geschlossen, so ist die Ablehnung nicht mehr zulässig.

(3) Über die Ablehnung entscheiden die übrigen Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) Erklärt sich ein Mitglied, das nicht abgelehnt ist, für befangen, so gilt Abs. 3 entsprechend.

§ 19

(1) Der Staatsgerichtshof wird nur auf schriftlichen Antrag oder auf Vorlage nach Art. 133 der Verfassung des Landes Hessen tätig. Der Antrag oder die Vorlage kann bis zu der Entscheidung zurückgenommen oder geändert werden. Der Staatsgerichtshof kann Anträge oder Vorlagen zur gemeinsamen Behandlung verbinden oder zum Zwecke gesonderter Behandlung trennen.

(2) Antragsberechtigt sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist,
1. eine Gruppe von Stimmberechtigten, die mindestens ein Hundertstel aller Stimmberechtigten des Volkes umfasst,
2. der Landtag,
3. ein Zehntel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags,
4. eine Fraktion des Landtags,
5. die Landesregierung,
6. die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident,
7. die Landesanstaltchaft,
8. der Rechnungshof,
9. jede Person zur Erhebung der Grundrechtsklage,

(3) Wieviel Stimmberechtigte eine nach Abs. 2 Nr. 1 antragsberechtigte Gruppe bilden, gibt die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Staatsanzeiger für das Land Hessen nach Veröffentlichung des amtlichen Wahlergebnisses einer jeden Landtagswahl bekannt. Die Stimmberechtigten müssen den Antrag beim Gemeindevorstand ihres Wohnsitzes eigenhändig unterzeichnen. Dieser stellt Bescheinigungen über die Stimmberechtigung aus. Die Bescheinigungen sind dem Staatsgerichtshof bei der Antragstellung zum Nachweis der Mindestzahl nach Abs. 2 Nr. 1 vorzulegen.

§ 20

(1) Die Beteiligten können sich in jeder Lage des Verfahrens durch die in § 22 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht aufgeführten Personen vertreten lassen. Die Antragsbe-
rechtigtigen nach § 19 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 können sich durch ihre Mitglieder vertreten lassen. Die Antragsberechtigten nach § 19 Abs. 2 Nr. 2, 5, 6, 8 und 10 können sich durch ihre Bediensteten vertreten lassen, soweit diese die Befähigung zum Richteramt haben. Der Staatsgerichtshof kann auch eine andere Person als Beistand der Beteiligten zulassen.

(2) Die Vollmacht ist schriftlich zu erteilen und dem Staatsgerichtshof vorzulegen. Sie muss sich ausdrücklich auf das Verfahren beziehen. Sie kann auf die Vertretung in der mündlichen Verhandlung beschränkt sein.

(3) Die Antragsberechtigten nach § 19 Abs. 2 Nr. 1 und 3 müssen im Antrag Bevollmächtigte für das gesamte Verfahren einschließlich aller Zustellungen benennen. Mehr als drei Bevollmächtigte dürfen nicht benannt werden. Eine größere Zahl von Personen kann benannt werden, wenn nur die drei zuerst genannten die Bevollmächtigten sind und die übrigen nach der Reihenfolge, in der sie benannt wurden, als Ersatzkräfte eingetreten sollen.

(4) Der Widerruf einer Vollmacht nach Abs. 3 ist nur wirksam, wenn gleichzeitig eine Person mit neuer Vollmacht benannt wird. Es sei denn, dass trotz des Widerrufs noch eine solche Person vorhanden ist.

§ 21

Die Landesanstalt kann sich an jedem Verfahren beteiligen und eigene Anträge stellen.

§ 22

(1) Der Staatsgerichtshof kann die ihm erforderlich erscheinenden Ermittlungen anstellen. Er erhebt die zur Erforschung der Wahrheit erforderlichen Beweise. Er kann damit außerhalb der mündlichen Verhandlung eines seiner Mitglieder beauftragen.

(2) Die Gerichte und Behörden haben dem Staatsgerichtshof Rechts- und Amtshilfe zu leisten, Urkunden vorzulegen und Auskunft zu erteilen.

(3) Soweit eine Person nur mit Genehmigung einer vorgesehenen Stelle ernannt werden darf, kann diese Genehmigung nur verweigert werden, wenn es das Wohl des Bundes oder eines Landes erfordert. Diese Personen können sich nicht auf ihre Schweigepflicht berufen, wenn der Staatsgerichtshof mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen die Verweigerung der Aussagegenehmigung für unbegründet erklärt.

§ 23

(1) Der Staatsgerichtshof entscheidet nach geheimer Beratung und Abstimmung. Die Entscheidung ergeht aufgrund mündlicher Verhandlung, soweit nicht dieses Gesetz etwas anderes bestimmt oder alle Beteiligten ausdrücklich auf sie verzichten.


§ 24

(1) Anträge, die der Form nicht entsprechen, verspätet, von nicht Antragsberechtigten gestellt oder sonst unzulässig oder offensichtlich unbegründet sind, kann der Staatsgerichtshof ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss zurückweisen. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen.

(2) Bei Einstimmigkeit bedarf der Beschluss keiner Begründung, wenn zuvor von der Präsidentin oder dem Präsidenten oder einem anderen vom Staatsgerichtshof bestimmten Mitglied auf Bedenken gegen die Zulässigkeit oder Begründetheit des Antrags hingewiesen worden ist.

(3) Hat sich ein Antrag erledigt, stellt der Staatsgerichtshof das Verfahren durch Beschluss ein.

§ 25


(2) Wer glaubhaft macht, ohne Verschulden verhindert gewesen zu sein, einen Frist nach diesem Gesetz einzuhalten, innerhalb derer ein Antrag zu stellen war, ist auf Antrag in den vorigen Stand einzusetzen. Innerhalb der Antragsfrist ist die versäumte Handlung nachzuholen. Ist dies geschehen, kann Wiedereinsetzung auch ohne Antrag gewährt werden.

(4) Über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beschließt der Staatsgerichtshof nach Anhörung der Beteiligten.

§ 26

(1) Der Staatsgerichtshof kann, um im Streitfall einen Zustand vorläufig zu regeln, für eine sechs Monate nicht übersteigende Frist eine einstweilige Anordnung erlassen, wenn es zur Abwendung schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund dringend geboten ist und ein vorrangiges öffentliches Interesse nicht entgegensteht.

(2) Über den Erlass einer einstweiligen Anordnung kann ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss entschieden werden. Bei besonderer Dringlichkeit kann der Staatsgerichtshof davon absehen, den am Verfahren zur Hauptsache Beteiligten, zur Anschließung Berechtigten oder Äußerungsberichtigten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.


(4) Über den Widerspruch entscheidet der Staatsgerichtshof nach mündlicher Verhandlung durch Urteil; § 24 Abs. 1 gilt entsprechend.

(5) Der Widerspruch gegen die einstweilige Anordnung hat keine aufschiebende Wirkung. Der Staatsgerichtshof kann die Vollziehung der einstweiligen Anordnung aussetzen.


(7) Bei veränderten Umständen kann der Staatsgerichtshof seinen Beschluss jederzeit ändern oder aufheben.

§ 27

Der Staatsgerichtshof kann bestimmen, wer seine Entscheidung vollstreckt. Im Einzelfall kann er die Art und Weise der Vollstreckung regeln.

§ 28

(1) Das Verfahren des Staatsgerichtshofes ist kostenfrei.

(2) Ist jedoch die Grundrechtsklage, der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, deren Gegenstand im Hauptsacheverfahren eine Grundrechtsklage wäre, oder ein Antrag nach §§ 48 bis 51 unzulässig oder offensichtlich unbegründet, so kann der Staatsgerichtshof der antragstellenden Person eine Gebühr bis zu 15 000,-, im Falle des Missbrauchs bis zu 30 000,- Deutsche Mark, auferlegen. Der Staatsgerichtshof kann einen entsprechenden Vorschuss anfordern und seine weitere Tätigkeit von dessen Zahlung abhängig machen.

(3) Von der Auferlegung einer Gebühr ist abzusehen, wenn diese unbillig wäre.


(5) Erkennt der Staatsgerichtshof im Falle der §§ 31 bis 35 auf nichtschuldig, ordnet er die Erstattung der notwendigen Auslagen einschließlich der Kosten der Verteidigung an.

(6) Erweist sich eine Grundrechtsklage als begründet, sind der antragstellenden Person die notwendigen Auslagen zu erstatten.

(7) In den übrigen Fällen kann der Staatsgerichtshof volle oder teilweise Erstattung von Kosten und Auslagen anordnen.

(8) Erstattungspflichtig ist die juristische Person des öffentlichen Rechts, der die Verletzung der Verfassung des Landes Hessen zuzurechnen ist. Im Übrigen ist das Land Hessen erstattungspflichtig.

§ 29

Der Staatsgerichtshof kann auf Antrag Prozesskostenhilfe entsprechend den Vorschriften der Zivilprozessordnung bewilligen.

§ 30

Der Staatsgerichtshof kann sich eine Geschäftsordnung geben. Sie wird im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil I veröffentlicht.

Zweiter Abschnitt
Besondere Vorschriften

1. Anklage gegen ein Mitglied der Landesregierung

§ 31

(1) Der Landtag kann beschließen, dass gegen ein Mitglied der Landesregierung vor dem Staatsgerichtshof Anklage wegen schuldhafter Verletzung der Verfassung oder der Gesetze erhoben wird (Art. 115 der Verfassung des Landes Hessen).

(2) Der Beschluss muss das dem Mitglied der Landesregierung vorgeworfene
schuldhafte Verhalten, die Bestimmung der Verfassung oder des Gesetzes, die verletzt sein soll, und die Tatsachen und Beweismittel bezeichnen, auf die sich die Anklage stützt.

(3) Der Beschluss des Landtags kann nur binnen sechs Monaten, nachdem der ihm zu Grunde liegende Sachverhalt dem Landtag bekannt geworden ist, gefasst werden.


§ 32
(1) Die Einleitung und Durchführung des Verfahrens wird durch die Amtsniederlegung oder Abberufung des beschuldigten Mitglieds der Landesregierung und durch die Ablösung des Landtags oder den Ablauf der Wahlperiode nicht berührt.

(2) Die Anklage kann bis zur Verkündung des Urteils durch einen Beschluss des Landtags zurückgenommen werden. Der Beschluss bedarf eines Antrags von mindestens fünfzehn Mitgliedern des Landtags und der Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder.

(3) Die Rücknahme der Anklage wird unwirksam, wenn ihr das beschuldigte Mitglied der Landesregierung binnen eines Monats nach Zustellung des Rücknahmebeschlusses widerspricht.

§ 33
Die mündliche Verhandlung kann in Abwesenheit des beschuldigten Mitglieds der Landesregierung stattfinden, wenn dieses unter Mitteilung der Beweismittel und mit dem Hinweis geladen ist, dass auch im Falle des Ausbleibens verhandelt wird.

§ 34
(1) Der Staatsgerichtshof erkennt auf schuldig oder nichtschuldig.

(2) Lautet das Urteil auf schuldig, so kann der Staatsgerichtshof dem angeklagten Mitglied der Landesregierung das Amt und die Rechte aus dem Amt (Art. 106 der Verfassung des Landes Hessen) absprechen.

§ 35

(2) Über die Zulassung des Antrags entscheidet der Staatsgerichtshof ohne mündliche Verhandlung. Die §§ 368 bis 370 und 371 Abs. 1 bis 3 der Strafprozessordnung gelten entsprechend.

(3) Für die erneute Verhandlung gelten die §§ 32 bis 34 entsprechend.

(4) In dem erneuten Urteil ist entweder das frühere Urteil aufrechtzuerhalten oder aufzuheben und auf nichtschuldig zu erkennen.

2. Aberkennung von Rechten aus der Verfassung des Landes Hessen

§ 36

(2) Der Antrag muss die Person der Antragstgeberin oder des Antragstgebers enthalten, die Tatsachen darlegen, aus denen sich ein Verstoß gegen die Pflicht, für den Bestand der Verfassung einzutreten, ergeben soll, sowie die Beweismittel bezeichnen.

§ 37
Der Staatsgerichtshof entscheidet nach Anhörung der Antragstgeberin oder des Antragstgebers, ob der Antrag als unzulässig oder nicht hinreichend begründet zurückgewiesen oder ob die Verhandlung durchzuführen ist.

§ 38
(1) Erweist sich der Antrag als begründet, so stellt der Staatsgerichtshof fest, welche der folgenden Rechte der Antragstgeberin oder des Antragstgebers abkannt werden:
1. das Recht der Freizügigkeit (Art. 6 der Verfassung des Landes Hessen),
2. das Recht zur Verbreitung ihrer oder seiner Werke (Art. 10 der Verfassung des Landes Hessen),
3. das Recht der öffentlichen Meinungsäußerung (Art. 11 der Verfassung des Landes Hessen),
4. das Recht, an Versammlungen teilzunehmen (Art. 14 der Verfassung des Landes Hessen),
5. das Stimmrecht bei Volksabstimmungen, Volksbegehren, Volksentscheid und Bürgerbegehren (Art. 73 der Verfassung des Landes Hessen),
6. das Wahlrecht und die Wählbarkeit 
zum Hessischen Landtag, nach Art. 
136 der Verfassung des Landes Hessen 
nowie zu den Hessischen Kreistagen, 
Gemeindevertretungen und Ortsbevöl-
erten (Art. 73, 75 und 76 der Verfassung 
des Landes Hessen),
7. das Recht auf Zugang zu öffentlichen 
Amtsern des Landes Hessen (Art. 134 
der Verfassung des Landes Hessen).

Der Staatsgerichtshof kann die Aberken-
nung auf einen bestimmten Zeitraum, 
mindestens auf ein Jahr befristen.

(2) Der Staatsgerichtshof bestimmt im 
Einzelnen, welche Maßnahmen nach 
Abs. 1 zulässig sind, wer sie durchzufüh-
ren und zu überwachen hat.

3. Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von 
Gesetzen und Rechtsverordnungen 
§ 39

(1) Der Antrag auf Prüfung der Verfass-
ungsmäßigkeit eines Gesetzes oder einer 
Rechtsverordnung muss die Bestimmung 
der Verfassung bezeichnen, aus der Be-
denken gegen die Gültigkeit der Rechts-
norm hergeleitet werden.

(2) Die Antragsberechtigten nach § 19 
Abs. 2 Nr. 1 bis 7 können sich dem Ver-
fahren anschließen und eigene Anträge 
stellen.

(3) Der Landesregierung sowie dem 
Landtag ist Gelegenheit zur Äußerung zu 
geben.

§ 40

(1) Kommt der Staatsgerichtshof zu der 
Überzeugung, dass eine im Antrag be-
zeichnete Bestimmung eines Gesetzes 
oder einer Rechtsverordnung mit der Ver-
fassung in Widerspruch steht, so erklärt 
er diese für nichtig oder für unvereinbar 
mit der Verfassung des Landes Hessen. 
Widersprechen weitere Bestimmungen 
deselben Gesetzes oder derselben 
Rechtsverordnung aus denselben Grün-
den der Verfassung, so kann sie der 
Staatsgerichtshof in seine Entscheidung 
einbeziehen. Darüber hinaus kann der 
Staatsgerichtshof solche Vorschriften des 
Gesetzes oder derselben Rechts-
verordnung in seine Entscheidung einbe-
zeichen, die mit diesen in einem engen Zu-
sammenhang stehen.

(2) Die Nichtgerichtskraft eines Ge-
setzes oder einer Rechtsverordnung hat Ge-
setzeskraft.

(3) Gegen ein rechtskräftiges Strafur-
teil, das auf einer für nichtig oder für un-
vereinbar mit der Verfassung des Landes 
Hessen erklärten Rechtsvorschrift beruht, 
ist die Wiederaufnahme des Verfahrens 
nach den Vorschriften der Strafprozess-
ordnung in der jeweiligen Fassung zulas-
sig. Im Übrigen bleiben die nicht mehr 
anfechtbaren Entscheidungen unberührt. 
Die Vollstreckung aus solchen Entschei-
dungen ist unzulässig.

(4) Erachtet der Staatsgerichtshof die 
Voraussetzungen des Art. 150 der Verfas-
sung des Landes Hessen für gegeben, so 
ordnet er zugleich mit der Feststellung 
der Nichtigkeitsan, dass alle Verfahren 
deren Entscheidung auf dem nichtigen 
Gesetz oder der nichtigen Rechtsverord-
nung beruht, wieder aufzunehmen sind.

§ 41

(1) Sind die Voraussetzungen des 
Art. 133 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des 
Landes Hessen gegeben, muss die Be-
gründung des Vorlagebeschlusses an-
geben, inwieweit von der Gültigkeit der 
Rechtsvorschrift die Entscheidung des 
Gerichts abhängig ist und mit welcher 
Bestimmung der Verfassung sie im Wider-
spruch steht. Die Akten sind beizufügen.

(2) Für das Verfahren gelten §§ 39 
Abs. 2 und 3 und § 40 entsprechend. Der 
Staatsgerichtshof gibt den Beteiligten des 
Verfahrens vor dem Gericht, das den An-
trag gestellt hat, Gelegenheit zur Äuße-
rung, er lädt sie zur mündlichen Vorhän-
dung und erteilt ihren Prozeßbevollmäch-
tigen das Wort.

4. Verfassungsstreitigkeiten 
§ 42

(1) Der Staatsgerichtshof entscheidet 
on Antrag über die Auslegung der Ver-
fassung des Landes Hessen aus Anlass 
von Streitigkeiten über den Umfang der 
Rechte und Pflichten eines obersten Lan-
desorgans oder anderer Beteiligter, die 
durch die Verfassung des Landes Hessen, 
durch ein Gesetz oder in der Geschäfts-
ordnung eines obersten Landesorgans mit 
eigenen Rechten ausgestattet sind (Ver-
fassungsstreitigkeit nach Art. 131 Abs. 1 
der Verfassung des Landes Hessen).

(2) Antragsberechtigt sind der Land-
tag, ein Zehntel der gesetzlichen Zahl der 
Mitglieder des Landtags, eine Fraktion des 
Landtags, die Landesregierung, die 
Ministerpräsidentin oder der Ministerprä-
sident, die Landesanstalt und der 
Rechnungshof. Der Rechnungshof ist nur 
in Streitigkeiten über die sich aus Art. 144 
der Verfassung des Landes Hessen erge-
benden Befugnisse antragsberechtigt. Die 
Anträge können sich nur gegen die in 
Sat. 1 genannten Antragsberechtigten 
richten.

(3) Der Staatsgerichtshof entscheidet, 
ennend gelöst wird, durch eine 
Maßnahme oder Unterlassung anderer 
Antragsberechtigten in den durch die Ver-
fassung des Landes Hessen übertragenen 
Rechten und Pflichten verletzt oder un-
mittelbar gefährdet zu sein.

(4) Die Vorschriften des § 39 Abs. 2 
und 3 sind entsprechend anzuwenden.

(5) Der Staatsgerichtshof stellt in der 
Entscheidung fest, ob und inwieweit die 
beanspruchte Maßnahme oder Unterlas-
sung gegen eine Bestimmung der Verfas-
sung verstößt. Soweit die Entscheidung

5. Grundrechtsklage

§ 43


(2) Die Grundrechtsklage muss das Grundrecht bezeichnen und mit der Angabe der Beweismittel die Tatsachen angeben, auf denen sich die Verletzung des Grundrechts ergeben soll.

(3) Die Grundrechtsklage ist bei Verletzung eines Grundrechts durch Organe oder Behörden gegen deren Träger zu richten.

(4) Sind durch die angefochtene Maßnahme Dritte begünstigt, so ist diesen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Der Staatsgerichtshof gibt der Landesregierung Gelegenheit zur Äußerung innerhalb einer zu bestimmenden Frist. Richtet sich die Grundrechtsklage gegen ein Gesetz, so gibt er auch dem Landtag Gelegenheit zur Stellungnahme.

§ 43a

Der Staatsgerichtshof kann die Annahme einer Grundrechtsklage einstimmig ablehnen,
1. wenn sie offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet oder
2. wenn ihre Annahme aus anderen Gründen, insbesondere wegen fehlender Verfassungsrechtlicher Bedeutung oder deshalb offensichtlich nicht angezeigt ist, weil durch die Ablehnung kein schwerwiegender Nachteil entsteht.

Der Beschluss bedarf keiner Begründung.

§ 44


(2) Vor Erschöpfung des Rechtswegs entscheidet der Staatsgerichtshof nur, wenn die Bedeutung der Sache über den Einzelfall hinausgeht oder wenn der antragstellende Person ein schwerer und unabwendbarer Nachteil entstünde, falls sie zunächst auf den Rechtsweg verwiesen würde.

§ 45


(2) Eine Grundrechtsklage gegen eine Rechtsvorschrift oder gegen einen sonstigen Hoheitsakt, gegen den der Rechtsweg nicht offen steht, kann nur binnen eines Jahres seit In-Kraft-Treten der Rechtsvorschrift oder seit Erlass des Hoheitsaktes erhoben werden.

(3) Wird der Grundrechtsklage stattgegeben, weil die angegriffene Rechtsvorschrift gegen die Verfassung des Landes Hessen verstoßt oder die aufgehobene Entscheidung auf einer verfassungswidrigen Rechtsnorm beruht, so sind die Regelungen des § 40 Abs. 1 bis 3 entsprechend anwendbar.

§ 46

Gemeinden und Gemeindeverbände können die Grundrechtsklage mit der Be- hauptung erheben, dass Landesrecht die Vorschriften der Verfassung des Landes Hessen über das Recht der Selbstverwal- tung verletzt.

§ 47

(1) Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes bindet andere Verfassungsvor- gänge sowie Gerichte und Verwaltungsbehörden.

(2) Der Staatsgerichtshof kann die von einem Gericht des Landes Hessen erlassene rechtskräftige Entscheidung für kraftlos erklären und die Sache an ein Gericht desselben Rechtzuges zurückverweisen.

6. Verfahren bei Volksabstimmung, Volksbegehren und Volksentscheid

§ 48

(1) Im Verfahren nach § 4 Setz 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 16. Mai 1950 (GVBl.

(2) Im Verfahren nach § 14 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid kann jede der Vertrauenspersonen die Entscheidung des Staatsgerichtshofes beantragen.

(3) Der Antrag ist gegen die Landesregierung zu richten.

(4) Ist der Antrag begründet, hebt der Staatsgerichtshof die Zulassung versagenden Beschlusses der Landesregierung auf. § 47 Abs. 1 gilt entsprechend.

§ 50

(1) Im Verfahren nach § 16 Abs. 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid gelten § 48 Abs. 1 und 2 und § 39 Abs. 3 entsprechend.

(2) Ist der Antrag begründet, so ist das verknüpfte Gesetz für richtig zu erklären. Das Urteil des Staatsgerichtshofes hat Gesetzeskraft.

§ 53


Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Mehlis
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessischer Landtag, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Mehlis
Telefon (0 561) 7 31 411, Fax (0 561) 7 31 4161, Internet: www.bernecker.de
Druck: A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Mehlis
Telefon (0 561) 7 31 411, Fax (0 561) 7 31 4161

Vertrieb und Abonnementsverwaltung
Postfach 990194, D-33109 Bielefeld, Telefon (0 521) 8 53 00, Telefax (0 521) 8 53 03 33
